Informationsblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:
Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (RVV)
Schussenstraße 22
88212 Ravensburg

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
datenschutz@ravensburg-rvv.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:
Automatisierte Zu- und Ausfahrt mittels Kfz-Kennzeichen, Ermittlung der Parkdauer, Tarifberechnung und Abrechnung von Parkentgelten (soweit diese technisch über die Kennzeichenerfassung unterstützt werden), Kontrolle der Nutzungsbestimmungen, Kontrolle der rechtskonformen Verwendung der Parkflächen (z. B. Überschreitung der zulässigen oder kostenfreien Parkdauer), Verfolgung missbräuchlicher Nutzungen (insbesondere Ausfahrt ohne Bezahlung); die Kennzeichenerfassung erfolgt auf Grund der Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 lit. f. DSGVO.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:
Wir kommen aufgrund der eingerichteten Maßnahmen zu dem Ergebnis, dass ein berechtigtes Interesse an der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Daten bei der RVV besteht und dass die Rechte der Betroffenen nicht überwiegen. Die Kfz-Kennzeichenerfassung dient ausschließlich zum ticketlosen Parken auf unseren Parkplätzen und zur Nachverfolgung bei Nichtbezahlung der Parkgebühr. Eine zweckfremde Verwendung oder eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:
Sobald der Parkvorgang abgeschlossen ist, werden die kennzeichenbezogenen Daten aus dem System gelöscht. Die Dauer der Speicherung der Kennzeichen kann jedoch in Einzelfällen (insbesondere bei Nichtzahlung) bis zu 91 Tage dauern.

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet):
Ihre personenbezogenen Daten werden an Arivo GmbH weitergeleitet außer im Bereich der Strafverfolgung an entsprechende Behörden, Rechtsanwälte, und Gerichte.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen
Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im einzelnen aufgeführten Informationen. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO). Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**). Die betroffene Person hat das Recht, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat. Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Auf mögliche **Beschränkungen** des Auskunftsrechts sowie des Rechts auf Löschung gemäß §§ 9 und 10 des LDSG wird hingewiesen. Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf **Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das LDSG verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Baden-Württemberg ist die zuständige Aufsichtsbehörde:
Der **Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg**.